

**Protokoll
der 18. öffentlichen Sitzung**

**des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, dem 26. September 2013,
Wasserburg, Nieder-Rosbach**

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr
Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Anwesende:	
Haupt- und Finanzausschuss	Magistrat
Egerter, Jörg	Bürgermeister Alber, Thomas
Lamping, Christian	Stadtrat Wenzel, Klaus
Launhardt, Cornelia	
Rathjens, Dr. Hans-Peter <i>Ausschussvorsitzender</i>	
Topp, Andreas <i>für Scholz, Peter</i>	
Stadtverordnetenversammlung	von der Stadtverwaltung
Jacobi, Hans-Otto	Christ, Manfred
Welker, Helge	Jost, Monika
	Schriftführerin
	Egerer, Sigrid
	Zuhörer
	4

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Rathjens, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Es wird festgestellt, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Das Protokoll der 17. Sitzung wird ohne Änderung angenommen.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung:

1.	Mitteilungen
2.	Wirtschaftsförderung/Gewerbeansiedlung/Stadtmarketing hier: Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 29.01.2013 zum Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2012
3.	Antrag der SPD-Fraktion vom 25.08.2013 - Haushaltspolitische Leitlinien
4.	Sachausgaben Kinderbetreuung - Überprüfung der Haushaltsansätze
5.	Arbeitsgruppe „Kinderbetreuung“ - Sachstandsbericht
6.	Verschiedenes

**TOP 1
Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**TOP 2
Wirtschaftsförderung/Gewerbeansiedlung/Stadtmarketing
hier: Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom
29.01.2013 zum Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2012**

Bürgermeister Alber erläutert, dass ein Konzept zur Umsetzung des FDP-Antrages von Frau Jost, Fachbereich Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung u. Immobilienwirtschaft, erstellt worden sei. Das Konzept liege den Ausschussmitgliedern schriftlich vor, Frau Jost werde dieses Konzept – wie schon am Vortag dem Magistrat – dem Ausschuss anhand einer PowerPoint-Präsentation näher erläutern.

Der Bürgermeister führt weiter aus, dass der Magistrat für das Projekt „Standortmarketing“ bereits seit Monaten in engem Kontakt mit der Beratungsfirma *Büro für Kommunikation & Presse* stehe. Der Magistrat habe diese Firma mit der Prozessbegleitung bei der Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes für Stadtentwicklung und Stadtmarketing beauftragt. Das

Büro für Kommunikation & Presse habe den Auftrag zum 31.08.2013 aufgrund der kritischen Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung vom 03.09.2013 zurückgegeben.

Frau Jost stellt das von ihr erarbeitete Konzept ausführlich vor und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder. Es ergeben sich insbesondere Fragen zu den zu erwartenden Kosten, zum gegenwärtigen Zeitpunkt können hierzu noch keine genauen Angaben gemacht werden.

Die in der Präsentation aufgezeigte mögliche Strukturierung des neuen Gewerbegebietes entsprechend verschiedener Gewerbeformen, wie z.B. Handwerk, Dienstleistung, Logistik, wird positiv aufgenommen.

Herr Jacobi regt an, das bereits beim Gewerbeverein vorhandene Konzept für Stadtmarketing aufzugreifen.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dem Beschlussvorschlag des Magistrates zunächst nicht zu folgen. Das erarbeitete Konzept wird zur Kenntnis genommen und der Magistrat wird beauftragt, das Konzept weiterzuentwickeln, insbesondere sei eine belastbare Kostenkalkulation für die anstehende Haushaltsberatung vorzulegen.

TOP 3

Antrag der SPD-Fraktion vom 25.08.2013 - Haushaltspolitische Leitlinien

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 25.08.2013 wurde zusammen mit dem Erweiterungsantrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2013 von der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Beide Anträge liegen den Ausschussmitgliedern schriftlich vor.

Herr Dr. Rathjens schlägt vor, die neun Punkte der „Haushaltspolitischen Leitlinien“ einzeln zu beraten und über die Annahme der jeweiligen Erweiterungen aus dem FDP-Antrag zu befinden.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, die beiden von der FDP vorgeschlagenen Erweiterungen a) und b) zu den SPD-Punkten 2 und 4 aufzunehmen. Der Erweiterungsvorschlag c) als zweiten Satz in Punkt 5 wie folgt einzufügen

„Unverändert beibehalten wird das bislang von dem Kämmerer benannte Zwischenziel, bis zum Ende der laufenden Wahlperiode im Jahr 2016 die städtischen Schulden auf ca. 10 Millionen Euro zu senken“

wird eingehend diskutiert.

Da die zu beschließenden „Haushaltspolitischen Leitlinien“ eine grundsätzliche und auf lange Sicht ausgelegte Handlungsanweisung seien, sollten keine zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erwartenden Ergebnisse bzw. Ziele definiert werden. Es besteht Einvernehmen, diesen Änderungsvorschlag nicht in die der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegenden „Haushaltspolitischen Leitlinien“ aufzunehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Verabschiedung der „Haushaltspolitischen Leitlinien“ wie folgt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich ausdrücklich zu einer sparsamen Haushaltsführung.
2. Der Gesamtergebnishaushalt ist in den nächsten Jahren strukturell zu konsolidieren. Konjunkturbedingte Schwankungen bei Einnahmen sind zu tolerieren; verminderte

Einnahmen führen zu kritischen Überprüfungen aller Ausgaben mit dem Ziel von Reduzierungen.

3. Solange die Konsolidierung nicht erreicht ist, ist auf zusätzliche freiwillige Leistungen zu verzichten. Von diesem Grundsatz kann abgewichen werden, wenn an anderen Stellen Einsparungen vorgenommen werden.
4. Die Gebührenhaushalte der Stadt sind jährlich zu überprüfen. Deutliche Kostenveränderungen ziehen ein Überprüfen der Leistungen und eine entsprechende Anpassung der Gebührensätze nach sich.
5. In Anbetracht der hohen, über Kredite finanzierten Investitionen der letzten Jahre sind die Haushalts-, Investitions- und Finanzplanung aktuell so auszurichten, dass sich der Schuldenstand der Stadt auf mittlere Sicht deutlich reduziert.
6. Erlöse aus Grundstücksverkäufen sind bis auf weiteres schwerpunktmäßig zur Schuldenreduzierung einzusetzen oder zum Erwerb neuer Grundstücke in potenziellen Baugebieten oder als Reserve für Tauschflächen.
7. Der Haupt- und Finanzausschuss berät jährlich vor Erstellung des Haushaltsplanes, welche Zielgröße des Schuldenstandes am Ende des Planungszeitraumes der mittelfristigen Investitions- und Finanzplanung anzustreben ist.
8. Darüber hinaus werden vor Erstellung des jeweiligen Haushaltsplanes die finanzpolitischen Grundzüge der Planung im Haupt- und Finanzausschuss festgelegt. Der Magistrat unterbreitet hierfür einen Vorschlag.
9. Kassenkredite sind auf ein Minimum zu beschränken und dürfen nicht zu einer verdeckten Langfristfinanzierung des Haushaltes führen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig

TOP 4

Sachausgaben Kinderbetreuung - Überprüfung der Haushaltsansätze

Dem Ausschuss liegt eine Zusammenstellung der Sachkosten für das Kinderhaus Bergstraße vor. Herr Christ erläutert, dass diese Liste – unter Berücksichtigung der jeweiligen Kinderzahl – auf alle Rosbacher Einrichtungen zu übertragen sei. Die Sachkosten seien nach den Merkmalen „beeinflussbare Kosten“, „Kosten Mittagessen“ und „Fixkosten“ gegliedert. Im Bereich der „beeinflussbaren Kosten“ wird am Beispiel der „Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur“ deutlich, dass selbst in diesem Bereich kaum Einsparungen zu erzielen seien. Es besteht Einvernehmen, dass im Bereich der Kinderbetreuung eine Gesamtbetrachtung der Einnahme- und der Ausgabensituation erforderlich sei.

TOP 5

Arbeitsgruppe „Kinderbetreuung“ - Sachstandsbericht

Bürgermeister Alber erklärt, dass ein schriftlicher Sachstandsbericht in Kürze vorgelegt werde. Bisher habe die Arbeitsgruppe „Kinderbetreuung“ dreimal getagt, das Ganztagskonzept

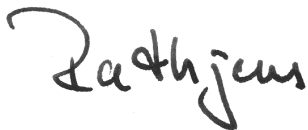
der Kapersburgschule sei vorgestellt worden, bei dem nächsten Treffen werde das Konzept der Erich Kästner-Schule vorgestellt. Künftig müsse ebenfalls die Kostenreduzierung im Bereich der Grundschulbetreuung am Beispiel Bad Nauheim diskutiert werden. In diesem Zusammenhang wurde zugesagt, den Ausschussmitgliedern die der Verwaltung vorliegenden Kostenstrukturen verschiedener Nachbarkommunen zuzustellen. (Die Liste wird diesem Protokoll beigelegt; es handelt sich um einen Auszug aus der Beschlussvorlage TOP 6 „Grundschulbetreuung Rosbach“ für die STVV vom 29.01.2013.)

Als weiteres Thema müsse das neue KiföG in der Arbeitsgruppe diskutiert werden.

Top 6 Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende regt an, künftig zu Sitzungen der parlamentarischen Gremien je nach Themen der Tagesordnung Interessenvertreter wie z.B. Feuerwehr, Kita-Elternvertreter oder Vereinsvorsitzende einzuladen.

Herr Dr. Rathjens bedankt sich für die rege Diskussion schließt die Sitzung um 22:00 Uhr.



Dr. Hans-Peter Rathjens
Ausschussvorsitzender



Sigrid Egerer
Schriftführerin